

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

**Article — Digitized Version**

Kurz kommentiert: Lohnrunde 1992 - Gesundheitswesen -  
Privatisierung - EG-Agrarreform - UdSSR

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1991) : Kurz kommentiert: Lohnrunde 1992 - Gesundheitswesen - Privatisierung - EG-Agrarreform - UdSSR, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 71, Iss. 12, pp. 597-598

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136825>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

---

Lohnrunde 1992  
**Kurskorrektur überfällig**

---

Die Warnungen einiger Forschungsinstitute, der Gemeinschaftsdiagnose und des Sachverständigenrats vor einer Fortführung der diesjährigen Lohnpolitik auch im nächsten Jahr und die Appelle von Politikern zu moderaten Lohnabschlüssen haben bisher nicht zu Abstrichen an den Forderungen geführt. Eine Umkehr von der deutlich verteilungspolitisch motivierten hin zu einer stärker produktivitätsorientierten Lohnpolitik ist jedoch dringend erforderlich; dies gilt übrigens für Ost- wie für Westdeutschland.

Nochmalige Lohnerhöhungen in der Größenordnung von 7% in Westdeutschland gäben dem Preisauftrieb weiter Nahrung und hätten, da die Bundesbank wahrscheinlich die geldpolitischen Zügel anziehen würde, schließlich negative Wirkungen auf Wachstum, Investitionen und Arbeitsplätze. Zudem würden sie aufgrund der Bindung wichtiger ostdeutscher Tarifverträge an westdeutsche die ohnehin schwierige Umstellung der ostdeutschen Wirtschaft zusätzlich erschweren.

Orientierungsschnur für die bevorstehenden Verhandlungen sollte die Summe aus dem zu erwartenden verlangsamen Produktivitätsanstieg von 1 1/2% und dem – um die Anhebung indirekter Steuern Mitte des Jahres bereinigten – voraussichtlichen Preisanstieg von etwa 3% sein. Die Steuersatzänderungen, die zu einer Erhöhung der Preisanstiegsrate um rund einen Prozentpunkt geführt haben, sind für einen Ausgleich im Lohn nicht verfügbar. Gleiches gilt für die Anfang 1993 geplante Anhebung der Mehrwertsteuer. Gelänge die Einbeziehung in die Tarifabschlüsse, so gingen davon destabilisierende Wirkungen aus. Alles in allem sollten die Abschlüsse in der gerade beginnenden Lohnrunde eine Vier vor dem Komma haben. Für den weiteren Verlauf wird die Festlegung der Forderung für den öffentlichen Dienst in diesen Tagen eine wichtige Weichenstellung bilden. sp

---

**Gesundheitswesen**  
**Umverteilung zu Lasten der Kranken**

---

Der Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen hält die Gesundheitsreform von 1988 für weitgehend gescheitert. 1991 sind die Ausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung in Westdeutschland etwa doppelt so stark gestiegen wie das Beitragsaufkommen. Die in dem Gesundheitsreformgesetz vorgese-

henen Einsparmöglichkeiten sind nicht vollständig ausgeschöpft, würden aber ohnehin bei weitem nicht ausreichen, um die Beitragsätze stabil zu halten.

Wie häufig in solchen Situationen ist auch diesmal der Ruf nach verstärkter Selbstbeteiligung der Patienten laut geworden. Selbstbeteiligungen sind der Versuch, im Gesundheitsbereich einen Markt auf niedrigerem Niveau zu simulieren. Dabei wird erhofft, daß die Versicherten weniger Gesundheitsgüter und -dienste nachfragen, wenn diese Nachfrage sie zusätzlich finanziell belastet.

Hier wird verkannt, daß sich der Gesundheits„markt“ von anderen Märkten vor allem dadurch unterscheidet, daß die Leistungsanbieter aufgrund der ungleichen Informationsverteilung neben dem Angebot auch die Nachfrage im wesentlichen selbst bestimmen. Der Einfluß der Versicherten beschränkt sich weitgehend auf die Entscheidung, ob sie zum Arzt gehen oder nicht. Bei Bagatellerkrankungen kann die Selbstbeteiligung deshalb die Nachfrage mindern. Besser wäre es aber, wenn die Krankenkassen solche Bagatellbehandlungen ganz aus ihrem Leistungskatalog streichen würden. In allen anderen Fällen ließe die Selbstbeteiligung, verglichen mit einer vollen Übernahme der Kosten durch die Krankenkassen, nur auf eine Umverteilung zu Lasten der Kranken hinaus. Die Bemühungen, die Kosten zu senken, sollten sich in Zukunft auf die Anbieterseite konzentrieren. al

---

**Privatisierung**  
**Mächtige Stahllobby**

---

Die öffentliche Diskussion um die Privatisierungsstrategien der Treuhandanstalt hat sich am Verkauf der ostdeutschen Stahlwerke in Henningsdorf und Brandenburg in den letzten Wochen wieder einmal entzündet. Aus ökonomischer Sicht ist die Diskussion in diesem Fall allerdings unverständlich. Für die Privatisierung war nämlich ein Bietverfahren mit verbindlichem Schlußtermin installiert worden. Damit war die Voraussetzung für die Etablierung eines Marktes für die Stahlwerke geschaffen, der insbesondere auch für ausländische Bewerber offen war. Folglich bestand die Chance, potentielle wettbewerbliche Vorteile eines ausländischen Engagements zu nutzen.

Nach Bietungsschluß hatte der italienische Riva-Konzern gegenüber dem deutschen Konsortium Thyssen/Badische Stahlwerke/Saarstahl das attraktivere Konzept vorgelegt. Damit war eigentlich die Entscheidung zugunsten der Italiener gefallen. Die Treuhandanstalt

mußte allerdings erkennen, daß deutscher Stahl eine mächtige Lobby hat. Neben Klagen des deutschen Konsortiums wegen angeblich ungerechtfertigter Benachteiligung protestierten die IG Metall und Politiker des Landes Brandenburg gegen eine Übernahme durch Riva, da ihrer Ansicht nach das konsortiale Angebot mehr Arbeitsplätze sichern würde. Dieser Einschätzung liegt aber lediglich seitens der Betriebsräte und Gewerkschaften die Hoffnung zugrunde, daß die Übertragung nichtbetriebsnotwendiger Grundstücke an das Konsortium gleichzusetzen sei mit der Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen, weil die deutschen Stahlunternehmen auf dem Gelände eine Gewerbeansiedlung zusagten.

Sollten demnächst derartige „konzertierte Aktionen“ westdeutscher Lobbyisten erfolgreich sein, könnte der Eindruck entstehen, die Treuhandanstalt könne aufgrund des Drucks inländischer „pressure groups“ nicht allen Kaufinteressenten faire und gleiche Chancen bieten. Dadurch würden ausländische Bieter abgeschreckt. Dies würde die äußerst positiv zu bewertenden Anstrengungen der Treuhandanstalt konterkarieren, mittels internationaler Präsenz Informationsdefizite bei ausländischen Unternehmen über ostdeutsche Engagements abzubauen und sie damit zu Investitionen in den neuen Ländern zu bewegen. rk

---

### EG-Agrarreform Geschicktes Manöver?

---

Nicht zuletzt unter dem Druck seiner Isolierung in der Gemeinschaft hat jetzt auch Frankreich die landwirtschaftlichen Reformpläne der EG-Kommission zumindest als „Arbeitsgrundlage“ akzeptiert. Nachdem die vorangegangenen Reformen nur Stückwerk waren und die Agrarpolitik immer teurer wurde, soll die gemeinschaftliche Landwirtschaftspolitik neu ausgerichtet werden. Im Kern ist eine stufenweise Absenkung der EG-Stützpreise in Richtung Weltmarktpreise zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit vorgesehen. Durch direkte Beihilfen soll den Landwirten allerdings ein Ausgleich für Verluste aus den Preissenkungen zufließen. Damit wird zumindest erreicht, daß die Finanzmittel, wie politisch beabsichtigt, beim Erzeuger ankommen und nicht anderweitig stark versickern (Überschußlagerhaltung, Aufwand für den Absatz von EG-Agrarprodukten auf Drittlandsmärkten zu Dumpingpreisen, Gelder für die Vernichtung von Agrarerzeugnissen etc.).

Auch wenn mit der Reform gewisse Verbesserungen einhergehen, ist auch die neue Linie ökonomisch nicht

akzeptabel. Weder erfolgen die direkten Subventionszahlungen nach Kriterien der Bedürftigkeit – unterschieden wird bei den Leistungen nur nach großen und kleinen Betrieben –, noch bestehen zeitliche Vorstellungen über deren Abbau. Möglicherweise ist der neue Reformansatz der Kommission auch nur ein geschicktes Manöver im Rahmen weitergesteckter Zielsetzungen: Durch den haushaltsmäßigen Ausweis der direkten Zahlungen wird deutlich gemacht, in welchem Ausmaß Agrarpolitik bisher Beschäftigungs- und Sozialpolitik ist. So wächst vielleicht der Druck, zu einer ökonomisch sinnvollen Reform der Landwirtschaftspolitik zu kommen. kr

---

### UdSSR Imperium am Ende

---

Die Sowjetunion existiert nicht mehr. Ihr Nachfolgestaat ist Rußland, das vor 70 Jahren zur Sowjetunion mutierte, die nichts anderes war als ein russisches Imperium. Neben und vermutlich auch innerhalb Rußlands werden eine ganze Reihe von Nationalstaaten entstehen, mit willkürlich gezogenen Grenzen und nationalen Minderheiten.

Die neuen, ethnisch statt ideologisch legitimierten Führer werden wohl kaum bereit sein, Einschränkungen ihrer gerade gewonnenen Souveränität hinzunehmen. Einen neuen Unionsvertrag oder eine Wirtschaftsunion wird es mithin in absehbarer Zeit nicht geben. Gorbatschow wird nicht mehr gebraucht.

Der Westen zögert, dies alles zur Kenntnis zu nehmen. Nicht nur weil er Gorbatschow als einen vernünftigen und verlässlichen Partner schätzt, sondern vor allem auch aus Sicherheitsbedenken. Denn die Sowjetunion hinterläßt eine riesige Armee mit zahllosen Waffendepots, aus denen sich die verfeindeten Volksgruppen nach Belieben bedienen können. Ganz zu schweigen von den Kernwaffen, die in falsche Hände gelangen könnten.

Unter wirtschaftlichem Aspekt sollte man jedoch den Zerfall der Sowjetunion nicht nur negativ bewerten. Sicherlich wird die Desintegration des bisherigen Wirtschaftsraums der Union die künftige Entwicklung erheblich belasten. Doch sie erleichtert auch die Bereinigung der verzerrten Wirtschaftsstruktur, den Abbau der kommunistischen Altlasten in der Leitung der Wirtschaft und bewirkt möglicherweise einen aus nationalem Ehrgeiz entspringenden Motivationsschub in den neu entstehenden Staaten. Der Übergang vom Sozialismus zur Marktwirtschaft wird so vermutlich eher zu bewerkstelligen sein, als es in der alten dinosaurierhaften UdSSR möglich gewesen wäre. lö